

Rede des BergAUF-Fraktionsvorsitzenden Werner Engelhardt zum Bergkamener Haushalt von der Ratssitzung am 13.03.08 im Wortlaut:

„Geld regiert die Welt“ dieses aus dem lateinischen stammende Sprichwort“ - den lateinischen Text möchte ich Ihnen ersparen - (*lat.: Imperat in toto regina pecunia mundo*), das in unseren Breiten als Wahlspruch des Herzogs Friedrich v. Sachsen bekannt wurde, kennt heute jeder als nackte Tatsache. Wir erleben, wie dies vor dem Hintergrund einer internationalisierten Produktion bis ins kleinste Dorf, bis in den letzten Winkel der Erde, auch in Bergkamen verheerende Auswirkungen zeitigt. Während auf der einen Seite die Gewinne ins Unermessliche steigen, heißt es, wenn es um die Belange der Bevölkerung geht, Stereotyp: „Kein Geld da!“

Es ist aber keineswegs so, dass kein Geld da wäre. Das Weltsozialprodukt, also der Geldwert aller weltweit geschaffenen Güter, so meldet der DGB, hat sich seit 1985 fast verdreifacht, es beläuft sich heute auf die stolze Summe von knapp 50 Bio. Dollar. Rein rechnerisch stünden also jedem Erdenbürger, vom Baby bis zum Greis, mehr als 600 Dollar monatlich zur Verfügung.

Tatsächlich aber wächst die absolute Armut. Fast jeder 5. Erdenbürger muss mit weniger als 1 Dollar pro Tag dahinvegetieren. Jede Minute sterben weltweit fast 4 Kinder, weil 1,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben und fast doppelt so viele ohne geregelte Abwasserentsorgung leben müssen, Tendenz steigend. Tatsache ist auch, dass der Unterschied zwischen Arm und Reich enorm zunimmt: Mittlerweile besitzt das reichste Fünftel der Weltbevölkerung 86mal mehr als das ärmste Fünftel. Noch krasser: Die Vermögenswerte der **drei** reichsten Menschen der Erde sind höher als das Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Entwicklungsländer zusammen mit ihren 568 Millionen Einwohnern. Auch in Deutschland, nicht zuletzt in Bergkamen, wächst die Armut, besonders bei Kindern, zunehmend aber auch bei alten Menschen. Davon habe ich bei meinen Vordnern der anderen Fraktionen leider nichts gehört!

Bergkamens Bevölkerung bildet mit 14700 Euro pro Kopf und Jahr in ganz Nordrhein-Westfalen das Schlusslicht beim verfügbaren Einkommen. Zu verantworten haben dies nicht zuletzt Weltkonzerne wie Evonik, ehemals Ruhrkohle AG, und Bayer-Schering, die mit ihrer jahrzehnte- bzw. jahrelangen Arbeitsplatzvernichtung zahlreiche Bergkamener ihrer Existenzgrundlage beraubten, wobei sie von den etablierten Politikern nicht daran gehindert wurden.

Dies sollten Sie, meine Damen und Herren, bei allen Entscheidungen, die Sie hier als gewählte Vertreter im Rat der Stadt Bergkamen beschließen, stets im Hinterkopf haben. Unter diesem Aspekt sollten wir den Haushalt der Stadt Bergkamen betrachten, denn schließlich haben wir ja das Wohl der Bürger zu fördern. Dabei hilft das Motto „Global denken, lokal handeln“, den Blick zu weiten.

Sicher, die Kämmerei der Stadt, die in akribischer Kleinarbeit jeden Posten durchgerechnet und einen Haushalt vorgelegt hat, der der Keule des Haushaltssicherungskonzept erfolgreich ausweicht, hat sich ein dickes Lob für diese Fleißarbeit verdient, auch wenn sie als Verwaltungsinstanz hier und heute anderen Gesichtspunkten folgen.

Wie uns der Kämmerer mitteilte, ging es für ihn und seine Mitarbeiter vor allem darum, den Verzehr der Allgemeinen Rücklage nicht über 5 % hinaus zu steigern. Er gab aber auch unumwunden zu, dass dies immer schwieriger und die Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung nach Art. 28 Abs. 2 GG immer geringer werde, so dass notwendige Investitionen für Schulen, Straßen, Sportstätten und die Feuerwehr, die

wir selbstverständlich begrüßen, nur schwer aufzubringen sind.

Ich frage mich, wie lange Sie, meine Damen und Herren der anderen Fraktionen, das noch mit einem achselzuckenden „da kann man doch nichts machen“ hinnehmen und immer größere Schuldenberge anhäufen wollen?

Und wenn Sie uns vorwerfen, wir würden uns über bestehende Gesetze hinwegsetzen, dann entbehrt das jeder Grundlage. Aber wenn die Gesetze so sind, dass die Kommunen in den Ruin getrieben werden, dann müssen sie eben geändert werden!

Wir jedenfalls wollen und werden uns mit diesem Mangelzustand nicht arrangieren. Deshalb haben wir zwei Entschließungsanträge gestellt, die einfordern, den Städten und Gemeinden eine Finanzausstattung zu sichern, die ihnen Gestaltungsspielraum lässt. Das ist keineswegs illusorisch: Aufgrund von Klagen einzelner besonders armer Gemeinden und einem entsprechenden Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Thüringen gingen die Bundesländer Bayern, Niedersachsen und Thüringen dazu über, nicht den geschätzten sondern den tatsächlichen Finanzbedarf der Städte und Gemeinden bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen zu Grunde zu legen. Dies wurde verbunden mit der Maßgabe, dass die Kommunen im Sinne kommunaler Selbstverwaltung mindestens 5 – 10% des Gesamthaushaltes für die Durchführung freiwilliger Leistungen verwenden können.

Zum Vergleich die Stadt Bergkamen: Sie hat für freiwillige Leistungen in den Jahren 2005 und 2006 jeweils nur 155.947 € aufgewendet, was nur 0,15 % des Haushaltsvolumens entspricht. Kommunale Selbstverwaltung und die Gestaltungsmöglichkeiten kommunaler Politik werden damit zur Farce.

Zumal dann, wenn sich Bund und Land aus der Finanzierung von Aufgaben zurückziehen, die den Kommunen vorgeschrieben sind, wie die Umsetzung des SGB II und des Kinderbildungsgesetzes.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu Ihnen, Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Vielleicht erinnern Sie sich an unser Gespräch am Rande einer Ratssitzung, es muss wohl Anfang des Jahres 2005 gewesen sein, über die finanziellen Auswirkungen von Hartz IV. Schon damals hatte ich Ihnen gesagt, ich würde auf Ihre Aussagen zurückkommen. Dieses Versprechen will ich heute einlösen.

Sie waren sich damals absolut sicher, dass die Stadt Bergkamen Einsparungen von wenigstens 1 Mio. € durch die Einführung von Hartz IV auf der Habenseite verbuchen können und lehnten meine Ansicht vehement ab, der Bund würde die Kosten auf die Kommunen abwälzen. Schließlich, so meinten Sie, müsse er sich an seine Zusagen halten - Pustekuchen! Ihre Hoffnungen wurden jäh enttäuscht.

BergAUF dagegen sah dies voraus, war von Anfang an bis heute grundsätzlich gegen Hartz IV und fordert nach wie vor die Abschaffung dieses unseligen Gesetzes

- Ø weil es arbeitslose Menschen und ihre Familien in die Armut treibt und zu Bittstellern macht;
- Ø weil dadurch nicht ein Arbeitsplatz geschaffen wurde
- Ø weil die Kosten für die Arbeitslosigkeit den Arbeitslosen und der Allgemeinheit aufgebürdet wird anstatt vor allem den Großkonzernen, die dafür verantwortlich sind. Nokia lässt grüßen!

- Ø Und nicht zuletzt eben deshalb, weil es die Gemeindefinanzen ausblutet anstatt sie zu mehren, wie uns ein Blick auf die Kreisumlage und den Kreishaushalt zeigt.

Die Mittel, die die Stadt Bergkamen als Gemeinde des Kreises Unna für die Kreisumlage aufzubringen hat, stiegen seit 2004 bis heute um rund 45 % auf knapp 25 Mio. € im Jahr 2008 und machen damit bereits 22 % der gesamten Aufwendungen im Haushalt der Stadt Bergkamen aus. Die Ursache dafür liegt vor allem in den drastisch gestiegenen Sozialaufwendungen, die im Haushalt des Kreise Unna bereits 135,7 Mio. € erreicht haben. Der Bund hat seine im Gesetz verankerte Entlastung der Kommunen um 2,5 Mrd. € bis heute nicht eingehalten, die Quote des Bundeszuschusses sogar von 31,2 % auf 28,6% gesenkt. Dadurch ist laut Kreisverwaltung „eine zusätzliche Finanzierungslücke von rd. 2 Mio. € entstanden“.

Von Entlastung, Herr Bürgermeister, kann also keine Rede sein!

Und wenn dann außerdem noch die Steuergesetzgebung so verändert wird, dass die Kommunen förmlich ausbluten, dürfte wohl jedem hier im Saal klar sein, dass sich die Finanzlage der Stadt weiter verschlechtern wird. Schon in der letzten Haushaltsdebatte hatten wir davor gewarnt, eine stetige Steigerung der Gewerbesteuererinnahmen in den Haushalt einzurechnen. Damals blickten wir voraus: (Ich darf zitieren)

„Es wird wohl eher so kommen, dass die Gewerbesteuerzahlungen von BAYER-Schering gegen Null gehen werden, weil der arme Konzern ja die Milliarden für die Übernahme von Schering ebenso als „Verlust“ geltend machen darf, wie seine selbstverschuldete Pleite mit dem gesundheitsgefährdenden Medikament Lipobay“. Genau so ist es gekommen. Und in Zukunft wird wohl die Sparkasse als einer der noch verbliebenen größeren Gewerbesteuerzahler ihre „Verluste“ bei der Stützung der WestLB ins Feld führen und ihrerseits die Gewerbesteuerzahlung drastisch senken. Deshalb ist natürlich auch den Finanzfachleuten im Rathaus klar, dass die Annahme der jährlich steigenden Gewerbesteuer, die auch in diesem Haushaltsentwurf wieder auf der Grundlage der Vorgaben des Landes getroffen werden, das Papier nicht Wert ist, auf dem sie geschrieben ist.

Mit der Umsatzsteuer sieht es nicht viel anders aus: Wie im Haushaltsentwurf ausgeführt, orientiert sich der Anteil der Gemeinde an der Umsatzsteuer zu 70% an der Gewerbesteuer. Es müsste also schon einen gewaltigen Wirtschaftsaufschwung geben, wenn trotz sinkender Gewerbesteuer der Umsatzsteueranteil steigen soll.

Auch dieses Wegbrechen der Einnahmen aus Steuern sollten wir nicht widerstandslos hinnehmen, wenn wir es mit unserer Verantwortung für die Bergkamener Bürger ernst nehmen. Wir sollten uns soweit uns dies möglich ist dafür einsetzen, dass eine Reform der Gemeindefinanzierung gesetzlich festgelegt wird, die Schluss macht mit der Umverteilung der Steuergelder aus den Taschen der Bevölkerung in die Taschen der Konzerne.

Die hoffnungslose Verschuldung zahlreicher Gemeinden kann von diesen nicht aus eigener Kraft überwunden werden, weil sie strukturell bedingt sind. Da hilft, liebe Frau Midden-dorf von der CDU, auch ihr Prinzip „Glaube-Hoffnung-Liebe“ nicht weiter. Die Schuldenmacherei muss ein Ende finden, denn wie sagte doch der in der Geschichte der Bundesrepublik bisher am längsten amtierende Ex-Bundesminister: „Schulden machen ist die asozialste Politik, die es gibt, die Politik auf den Knochen der kleinen Leute.“

Dabei möchte ich darauf hinweisen, dass wir nicht mit einem beschränkten Tunnelblick nur auf Bergkamen starren, wie dies offenbar Herr Kampmeier von der SPD tut. Wie jetzt wieder beim Thema Landmarke wird uns immer und immer wieder vorgehalten, es handle sich hier und da um Fördermittel, die die Stadt nicht erhalten würde, wenn sie nicht selbst einen

geringen Eigenbeitrag leisten würde.

Wir sollten doch wenigstens ein bisschen das Ganze im Auge haben. Ob es Schulden der Stadt Bergkamen oder des Landes NRW sind, die obige Aussage, die im Übrigen von Norbert Blüm stammt, stimmt immer. Mit Kirchturmpolitik, die nicht über den Tellerrand von Bergkamen hinausschaut, kommen wir keinen Schritt weiter. Im Gegenteil!

Bergkamen hat inzwischen unter der jahrzehntelangen Regie der SPD einen Schuldenberg angehäuft, der den Bürger jährlich 3 – 3.5 Mio. Euro Zinsen kostet. Millionen, die anderweitig sicher sinnvoller verwendet werden könnten, als damit den Reichtum der Banken zu mehren. Wenn diese Schuldenpolitik nicht gestoppt wird, dann wird es genau soweit kommen, dass spätestens wenn das Eigenkapital aufgezehrt ist, die Stadt selbst in ihren Bestandteilen, also im Grunde das Volksvermögen, an irgendwelche Finanzinvestoren verschertelt werden muss. Vielleicht, meine Damen und Herren, haben Sie ja davon gehört, dass es bereits Städte gibt, die dazu übergehen, aus blanker Not die Straßenbeleuchtung zu verkaufen. Wenn es soweit ist – dann gute Nacht!

Wir werden alles dafür tun, dass die Bevölkerung einer solchen Entwicklung den Riegel vorschiebt!

Ein erster Schritt für uns ist es, den vorgelegten Haushaltsentwurf, der ein Schuldenhaushalt ist, abzulehnen und die Bevölkerung über die Hintergründe aufzuklären und die Verantwortlichen zu benennen.

Es ist blanke Hilflosigkeit und ein Ablenkung von Ihrer Verantwortung als Mehrheitsfraktion, wenn Sie, Herr Kampmeier, diese Zusammenhänge ignorieren und stattdessen uns „Primitivpopulismus“ vorwerfen. Aber wir haben inzwischen ja gelernt: Immer dann, wenn wir etwas fordern, was absolut korrekt und im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung ist, der SPD-Fraktion aber nicht passt, dann kommt die Keule des „Populismus“. Glauben Sie eigentlich, die Menschen, denen Sie das sagen, wären zu blöd, diese Masche zu durchschauen? Ich bin mir absolut sicher: Sie werden bei der nächsten Wahl die Quittung für diese Schuldenpolitik zu Lasten der Bevölkerung erhalten!

Natürlich lassen wir uns von der Tatsache, dass die Stadt hoffnungslos verschuldet ist und ohne die Rechenspiele des Neuen Kommunalen Finanzmanagement eigentlich ihren bankrott erklären müsste, nicht davon abhalten, dringend wichtige Forderungen im Interesse der Bevölkerung und vor allem der Kinder und Jugendlichen zu stellen.

Wir halten es für dringend geboten, die Eltern ganz von Kindergartenbeiträgen freizustellen und wir wissen, dass vor allem die Experten in der Stadtverwaltung dies genau so sehen. Denn damit würden mehr Menschen dazu angeregt, ihre Kinder in die Kindergärten zu schicken anstatt sie zu Hause zu erziehen, weil dies billiger ist. Für die frühkindliche Förderung, Erziehung und Bildung ist es aber allemal besser, wenn Kinder unter Kindern aufwachsen, das dabei verstärkte soziale Lernen legt einen wichtigen Grundstein für die weitere Entwicklung der jungen Menschen. Deshalb haben die öffentlichen Einrichtungen der Kindererziehung- und Bildung eine wichtige Funktion und müssen kostenlos angeboten werden. Und wenn Sie nun wieder mit dem Totschlagsargument kommen, dies könne nicht finanziert werden, dann sagen wir als erstes nur das Stichwort „Haushaltsvollzug“. Damit muss der Kämmerer ja so manche unplanmäßige Ausgabe in dieser Größenordnung wegstecken.

In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auf unseren dritten Entschließungsantrag verweisen und um Ihre Zustimmung dazu bitten. Mit ihm wird die Landesregierung aufgefordert, die gesetzliche Festlegung zurückzunehmen, nach der die Eltern 19 Prozent der Be-

triebskosten einer Kindertagesstätte zu tragen haben. Stattdessen soll die volle Beitragsfreiheit für den Kindergarten eingeführt werden, um die frühkindliche Erziehung und Bildung zu stärken, ohne die Eltern finanziell zu belasten. Die Landesregierung müsste entsprechende Mittel dafür bereitstellen.

Wenn aus den Kindern Jugendliche geworden sind, hört unser Verantwortung nicht auf, sie zu fördern und ihnen bestmögliche Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten.

Dazu zählt zu allererst, ausreichend Ausbildungsplätze zu schaffen, was natürlich nur sehr beschränkt in unserer Hand liegt. Aber immerhin sollte die Stadt Bergkamen alle Möglichkeiten ausschöpfen, junge Menschen in den verschiedensten Berufen auszubilden, auch über den eigenen Bedarf hinaus. Deshalb werden wir entsprechende Anträge zum Stellenplan unterstützen, ob es nun Straßenwärter oder Straßenbauer sind, die ausgebildet werden, sehen wir mehr als einen Streit um Kaisers Bart.

Außerdem braucht die Jugend ausreichend Freizeitmöglichkeiten. Von den Jugendlichen kommt seit Jahren immer wieder die Forderung nach Räumlichkeiten, wo sie sich ohne Konsumzwang treffen können. Die Jugendzentren alleine reichen dafür nicht aus. Deshalb halten wir es für nötig, geeignete Räume anzumieten und zwei weitere Streetworker einzustellen, die die Jugendlichen bei der sinnvollen Nutzung der Räume begleiten.

Natürlich rechnen wir damit, dass die SPD-Beton-Mehrheit zusammen mit der CDU, sozusagen als stille große Koalition auf Gemeindeebene, die meisten unserer Anträge ablehnen werden. Aber wir betreiben eine Politik des langen Atems und setzen vor allem darauf, dass die Menschen vor Ort aktiv werden, getreu dem Motto: „Um uns selber müssen wir uns selber kümmern!“. Zudem stehen ja nächstes Jahr Wahlen ins Haus, bei denen sich die Bevölkerung neu entscheiden kann, von wem sie sich am besten vertreten fühlt.

Viele Bergkamener werden sich dann sicher noch an die Worte des prominenten Bergkamener Theologen Eugen Drewermann, gesprochen am 1. Mai 2007 in Oberaden erinnern, mit denen er einen prinzipiellen Maßstab aufstellte und mit denen ich schließen möchte:

„Wir brauchen nicht Politiker, die die Interessen des Kapitals auf das Volk herunterbrechen, Nein! Wir brauchen Politiker, die konsequent die Interessen des Volkes gegen das internationalisierte Kapital durchsetzen!“

Das ist auch die ureigenste Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, hier liegen ihre Wurzeln! Stattdessen sorgen sich die meisten Politiker nur, wie sie auf einem rechtsdrehenden Korkenzieher sitzend sich am Wein der Macht berauschen können.“

Meine Damen und Herren, entscheiden Sie bitte selbst, wer welcher Kategorie von Politikern zuzuordnen ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!